

Protokoll:

Die antragstellende Fraktion begründet den Antrag. Sie bringt zum Ausdruck, dass hinter dem grundsätzlichen Anliegen eine solche Städtepartnerschaft einzugehen, der Zeitpunkt für eine solche Aktivität selbstverständlich nach Beendigung dieses Krieges liegen müsse. Der Antrag solle ein Zeichen der Solidarität sein und auch zum Inhalt haben, in welchem Umfang und in welcher Form die Stadt Koblenz beim Wiederaufbau unterstützen kann.

Beigeordnete Dr. Theis-Scholz trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0033/2022). Sie bestätigt die bestehenden Regelungen zu den Städtepartnerschaften, dass hierfür auf der zivilen Seite Verbindungen bestehen müssten, die so gefestigt sind, dass eine Städtepartnerschaft auch gelebt werde. Der Deutsche Städtetag habe Kommunen mit bestehenden Städtepartnerschaften in der Ukraine dazu aufgerufen, die Partnerschaften zu aktivieren und an andere Städte appelliert, in den Städten selbst Initiativen zu verstärken. Über die Schulpartnerschaften, die sich aus den aufgenommenen Kindern ergeben, könnten sich ebenfalls Beziehungen entwickeln.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen merkt an, dass die Idee an sich gut, aber erst sinnvoll sei, wenn der Angriffskrieg vorbei sei und die Ukraine sich erholt habe.

Die WGS-Fraktion findet den Antrag und die dahinterstehende Intention grundsätzlich gut.